

<b>Zeitschrift:</b>	Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	16 (1936-1937)
<b>Heft:</b>	12
 <b>Artikel:</b>	Im Kampf um den sozialen Volksstaat : 13 Monate Regierung Léon Blum
<b>Autor:</b>	Bolz, Robert
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-332805">https://doi.org/10.5169/seals-332805</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Macht Stalins ist immer noch so stark, die Mittel, um dem Volke die Wahrheit zu verschweigen, sind immer noch so ausschließlich in den Händen des Stalinschen Apparates, daß derselbe Blücher im »Gerichte« saß, welches die Generäle in den Tod beförderte.

Wir rechnen damit, daß diese Darstellung da und dort auf Zweifel stößt. Darauf antworten wir erneut, daß es nur eine marxistische Erklärung geben kann für die nach offizieller Moskauer Darstellung als *Massenerscheinung* in der Elite der Sowjetunion auftretende, *angebliche* Sucht, das Land, den Aufbau und seine Zukunft an die Feinde zu verraten. Natürlich gibt es in der Sowjetunion, wie in allen übrigen Ländern, Agenten und Spione der ausländischen Mächte. Natürlich sind darunter auch Faschisten. Aber wenn im verflossenen Jahr und wenn heute unter den Angeklagten und Erschossenen da und dort ein wirklicher Agent ausländischer Mächte war, so war und ist es ein diabolisches Spiel des Stalinschen Apparates, ihn mit ehrlichen, sauberen Männern zusammenzuwerfen. Die Diktatur kann das. Der Angeklagte ist wehrlos. Er gesteht, was man will, aus für uns unbegreiflicher Parteidisziplin, aber die meisten »Angeklagten« haben *zu viel* gestanden.

Wenn wir den Berichten aus den Kreisen der russischen Parteimitglieder selbst Glauben schenken können, dann ist der Terror des Stalinschen Apparates noch nicht am Ende. Aber dieselben Berichte versichern uns, daß Stalin damit schließlich doch das Ende *seiner* Diktatur und *seiner* persönlichen Herrschaft vorbereitet. Die Opposition wird immer größer. Die Zahl derjenigen, welche an die Spionagegeschichten glauben, wird immer geringer. Arbeiter, deren langjähriger Betriebsleiter oder Direktor als Saboteur und Spion verhaftet wird, erklären heute schon: Wir kennen doch den Mann. Wir glauben es nicht, daß er ein Spion war oder ist.

Die Krise, in die die Sowjetunion und die dort herrschende Partei durch die Politik Stalins getrieben wurde, ist ernst und mit großen Gefahren verbunden. Die Gefahr wächst mit der Zuspitzung der internationalen Lage. Sie enthält Explosionsstoffe, die sich auch in der Sowjetunion bitter auswirken können. Unsere Hoffnung sind die 20 oder 30 Millionen Arbeiter, Bauern, Angestellten und Soldaten, die schließlich durch die Schule Lenins gingen, die die Träger der *neuen* Etappe in der Geschichte des Landes sind und die einen Rückfall, der ein Rückschritt wäre, verhindern. Stalin, der seine Verdienste hat, verkörpert heute die Gefahr des Rückfalls und des Rückschritts. Die kommende Entscheidung wird deshalb *gegen* ihn und seinen Apparat gerichtet sein.

---

## Im Kampf um den sozialen Volksstaat

13 Monate Regierung Léon Blum.

Von Robert Bolz.

Am 3. Juni 1936 war die Regierung Léon Blum gebildet worden. Am 21. Juni 1937 nahm sie ihren Rücktritt, die Mehrheit der Kammer

für sich, die Mehrheit des Senates gegen sich. Ihr folgte eine Regierung unter Führung der Radikalen, ermöglicht durch die Mitarbeit der Sozialisten.

Das erste, von einem Sozialisten gebildete und präsidierte Kabinett der Französischen Republik war keine sozialistische Regierung. Die Wegroute dieses Kabinetts war nicht bestimmt durch das sozialistische Programm, sondern durch das Programm der Volksfront. Die Regierung Blum war eine Volksfrontregierung, also eine Koalitionsregierung der Linksparteien, wobei sich die Kommunisten von der aktiven Mitarbeit selber ausschlossen. Die Volksfront entstand aus den gesamt-europäischen Erfahrungen und aus den französischen Sondererfahrungen um den 6. Februar 1934 herum, da die Konterrevolution den Stavisky-Skandal demagogisch umzuwerten versuchte zu einem Sturm auf die Kammer und damit auf die Volksrechte. Die Regierung Blum konnte sich nicht auf eine Mehrheit der Sozialistischen Partei im Volk stützen; sie basierte auf der Mehrheit der Volksfrontparteien in den Wahlen von April-Mai 1936.

Das Programm der Volksfront stellte die Verteidigung der Freiheit an die Spitze. Es forderte den Kampf gegen die faschistischen Verbände, den Schutz der Öffentlichkeit gegenüber dem Mißbrauch von Abgeordnetenrechten durch kapitalistische Interessen, Wiederherstellung der Pressefreiheit unter Säuberung des Presse- und Rundspruchwesens. Das Volksfrontprogramm verlangte die Aufrichtung der gewerkschaftlichen Rechte. Seine wirtschaftlichen Forderungen lauteten: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnsenkung, Aufhebung des Lohnabbaues, den die Regierung Laval durchgeführt hatte. Aufwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Schaffung eines staatlichen Getreideamtes, Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften durch Lieferung von Düngemitteln zum Selbstkostenpreis usw. Das Volksfrontprogramm postulierte den Schutz des Sparers und forderte eine bessere Organisierung des Kredits, eine demokratische Gestaltung des Steuerwesens, Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der Kapitalflucht sowie Kontrolle der Kapitalabwanderung.

Das Programm der Volksfront appellierte an das französische Volk, namentlich an die werktätigen Massen, an der Aufrechterhaltung und Organisierung des Friedens mitzuarbeiten. Es betonte die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes. Zweck dieser Zusammenarbeit ist ihm die Erreichung der kollektiven Sicherheit »durch die Bezeichnung des Angreifers und die automatische und solidarische Anwendung von Sanktionen im Falle eines Angriffs«. Dieses Programm gab dem Wunsche Ausdruck, den bewaffneten Frieden ersetzen zu können durch einen entwaffneten Frieden. Es trat der Dividendenjagd aus der Unsicherheit Europas und der Welt heraus entgegen: es forderte die Verstaatlichung der Kriegsindustrie und die Beseitigung des privaten Waffenhandels. Es betonte die Unteilbarkeit des Friedens und postulierte die Abschaffung der Geheimdiplomatie.

Die Regierung Blum widerlegte das von der faschistischen Propaganda in Umlauf gesetzte Gerede von der Schwerfälligkeit der demo-

kratischen Gesetzgebung. Um von den vielen Gesetzes- und Dekretbeschlüssen von Kammer und Senat unter der Führung der Regierung Blum nur einige zu erwähnen: Am 11. Juni 1936 nahm die Kammer das Gesetz über die bezahlten jährlichen Ferien in der Industrie, im Handel, in den freien Berufen, dem Hausdienst und der Landwirtschaft an. Ebenso das Gesetz über die Kollektivverträge, die Pensionen der Kriegsteilnehmer sowie die Gehälter der Beamten. Am 13. Juni folgte das Gesetz über die Einführung der Vierzigstundenwoche in den industriellen und kommerziellen Betrieben sowie in den Bergwerken. Am 4. Juli das Gesetz über die Nationalisierung der Kriegsfabrikation, am 12. August das Gesetz über die Erleichterung des Kredits über den Kleinhandel, am 31. Dezember das Gesetz über das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren usw.

Der Radikale Camille Chautemps, Präsident des gegenwärtigen, zweiten Volksfrontkabinetts, sah sich veranlaßt, am 14. Juli zu erklären, Léon Blum habe mit der ersten Volksfrontregierung ein gewaltiges Werk des sozialen Fortschritts vollbracht, ein neues Arbeitsrecht geschaffen, die republikanischen Freiheiten verteidigt und den Frieden gefestigt.

Die Regierung Blum hat Frankreich aus der Rückständigkeit in der Sozialgesetzgebung herausgerissen und an die Spitze der fortschrittlichen Staaten gestellt. Sie hat den Weg zum Volksstaat entschlossen eingeschlagen, indem sie den Anteil am Arbeitsertrag zeitgemäß demokratisierte. Sie hat der französischen Bourgeoisie und der Bourgeoisie aller Länder in Erinnerung gerufen, daß jeder Staat nur so lebenskräftig sein kann, als er sozial im Volk verankert ist.

Wie hat die Regierung Blum die finanzpolitischen Punkte des Volksfrontprogramms erfüllen können? Wie hat sie den Streik des Kapitals zur Erlangung der Zahlungsunfähigkeit dieses sozial fortschrittlichen Staates und zum Zwecke der Diskreditierung der Sozialgesetze durch das Beispiel angeblichen »Ruins der Wirtschaft« brechen können? Wie hat sie gegenüber den Interessen des Kapitals dem Volkswillen Nachachtung zu verschaffen vermocht durch den Staat?

In diesem Zeichen erfolgte die Auseinandersetzung mit dem Senat. Eine Auseinandersetzung, die nicht durchgeführt, sondern durch den Rücktritt der Regierung Blum unterbrochen wurde. Kein Zweifel: in den Kreisen der französischen Sozialisten und des arbeitenden französischen Volkes herrscht über diese Vertagung einer notwendigen Auseinandersetzung sowenig Befriedigung wie in den sozialistischen Kreisen außerhalb Frankreichs. Aber billigerweise muß man würdigen, wieweit das Volksfrontprogramm selber diesen Weg absteckte und angesichts welcher außenpolitischen Gefahren die Auseinandersetzung hätte gewagt werden müssen.

Der Marseiller Kongreß der Sozialistischen Partei ist in seiner Beschußfassung von der Erwägung ausgegangen, daß die Fortführung des Kampfes mit dem Senat wahrscheinlich die Volksfront in Frage gestellt haben würde. Das bisherige Volksfrontprogramm weist nicht weiter, als die Regierung Blum ging. Würden die Radikalen bei einem

Weitergehen mitgemacht und ihre Parteieinheit gewahrt haben? Blum wollte und konnte ein Zerfallen der Volksfront im Kampf mit dem Gegner nicht riskieren. Er mußte sich darüber klar sein, wie sehr eine solche Entwicklung in der Richtung der reaktionären Wünsche läge.

Deshalb hat sich der Marseiller Kongreß unserer französischen Genossen für die Aufrechterhaltung der Volksfront unter Erweiterung des Volksfrontprogramms ausgesprochen. Er hat festgestellt, daß das gegenwärtige Programm nicht genüge, um die Souveränität der Nation und die Unabhängigkeit der demokratischen Regierungen den Finanz- und Industrieoligarchien gegenüber zu wahren. Die Sozialisten betonen die Notwendigkeit der Kontrolle des Kredits, die Vergemeinschaftung der landwirtschaftlichen Aemter, die Rückerstattung der den großen, monopolisierten Unternehmen abgetretenen, natürlichen Reichtümer an die Nation: Bergwerke, Kunstdünger und chemische Produkte, Wasserkraft, Transport und Versicherungen. Unsere Genossen fordern Maßnahmen gesetzgeberischer und verfassungsmäßiger Natur, um Konflikten zwischen den beiden Abgeordnetenhäusern wirksam zu steuern unter Wahrung des Rechtes des Volkes selbst, das letzte Wort zu sprechen.

Die Sozialistische Partei Frankreichs zieht also ihre Lehren aus den von der Regierung Blum gemachten Erfahrungen (die schon vorher im kleinen und größern außerhalb Frankreichs reichlich gemacht worden waren), indem sie neben der Verstaatlichung der Rüstungswerke die Einleitung der Verstaatlichung des Bergbaues, der Versorgung mit Düng- und chemischen Mitteln, der Ausbeutung der Wasserkräfte, des Transport- und Versicherungswesens fordert, neben einer Kontrolle des Kredits. Der Kampf zwischen Volksstaat und Kapital kann auf dem Boden der Steuer- und Finanzpolitik allein immer nur mit der Niederlage des Volksstaates vor den Geldmächten enden; also muß der Kampf geführt werden, um die Reichtumsquellen eines Landes in den Besitz des Volksstaates überzuführen.

Wie hat die Regierung Blum außenpolitisch bestanden? Hier ist sie mancher Kritik ausgesetzt. Es wird ihr vorgeworfen, sie habe den Fehler der deutschen Sozialdemokraten wiederholt, das heißt, sie habe die Innenpolitik vor die Außenpolitik gestellt. Es wird ihr vorgeworfen, sie habe übersehen, daß in einem von faschistischem Imperialismus bedrohten Europa die Erhaltung der Demokratie nicht in der Austragung sozialer Kämpfe, sondern vor allem in der Wehrhaftmachung der Demokratie bestehen könne. Es wird ihr vorgeworfen, sie habe die spanische Republik im Stich gelassen und vollkommen vergessen, »durch die Bezeichnung des Angreifers und die automatische und solidarische Anwendung von Sanktionen im Falle eines Angriffs« einen eigenen Programmfpunkt zu respektieren und damit auch die vitalen französischen Interessen selbst zu wahren.

Die Priorität der Außenpolitik über die Innenpolitik: Sie muß respektiert werden gerade von sozialistischer Politik. Aber ihre Früchte müssen zu reifen vermögen. Unmöglich, den Wert der Außenpolitik des Kabinetts Blum zu bestimmen, ohne Würdigung des Schadens, den

Laval für Frankreich und das demokratische Europa bedeutet hat. Die Regierung Blum konnte die Wirkungen der Lavalpolitik nicht ausradieren, sie konnte nur darangehen, sie zu überwinden.

Pflicht, die innenpolitischen, namentlich die sozialen Probleme zurückzustellen vor der Notwendigkeit der Kampfbereitschaft gegen die faschistische Bedrohung: Es kann Situationen geben, welche im höheren Interesse eines Landes und Volkes die Zurückstellung gewisser Auseinandersetzungen erfordern. So hat beispielsweise die Regierung Blum die im ersten Volksfrontprogramm nicht klar abgesteckte Auseinandersetzung mit dem Senat und um die Reichtumsquellen der Nation zurückgestellt angesichts der Tatsache, daß der Faschismus Bilbao eroberte, daß der deutsche Faschismus eine drohende Haltung gegenüber dem verbündeten Prag einnahm, daß der Verbündete Rußland sich in innerpolitischen Schwierigkeiten befand, deren Tiefen- und Fernwirkungen man noch nicht ermessen konnte, während Japan aggressiv gegen China und letzten Endes die Sowjetunion vorging. Ob das französische Volk seinerseits diese Zurückstellung seiner Interessen verstehen wird, und ob es der Politik gelingen wird, das Kapital daran zu hindern, aus der Berücksichtigung der höheren Interessen der Nation und Europas einen Trumpf in seinem Spiel zu machen, muß sich erweisen. Im übrigen aber ist jeder Kampf gegen den Faschismus ein außen- *und* innenpolitisches Problem. Er erfordert die Mobilisierung des Volkes nicht durch die Terrormittel des Faschismus, sondern *durch die Erweckung des Bewußtseins, daß es der freie Volksstaat ist, den es zu schützen gilt*. Der Staat einer neuen Arbeits- und Sozialgesetzgebung kann im Ernstfalle dem Knecht der faschistischen Herrschaft den freien Bürger gegenüberstellen. Was das bedeutet, sollte hierzulande nicht gesagt zu werden brauchen und durch das Beispiel Spanien jedem sichtbar geworden sein.

Nun die Spanienpolitik des Kabinetts Blum. Sie ist am schwersten zu verstehen. Auch vom französischen Gesichtspunkt und von der französischen Interessewahrung aus. Aber auch sie kann nicht beurteilt werden ohne die Würdigung der Politik des von Laval geführten Frankreich im Abessinienkonflikt, ohne die Würdigung des Umstandes, daß Außenpolitik und Landesverteidigung in Händen radikaler (also linksbürgerlicher) Minister lagen, und ohne Würdigung des Wertes, den Frankreich angesichts der europäischen und Weltlage auf eine Freundschaft mit dem in der Wahrung seiner Interessen nach den Gesetzen des eigenen Weltreichs handelnden England und dem Amerika Roosevelts legen mußte.

Wird diese Zurückhaltung Frankreichs ihm seine Verbündeten erhalten? Wird sie in der Entwicklung die Kraft der sozialen Demokratie, des freien Volksstaates sieghaft werden lassen? Wird der französische Arbeiter und Bauer, wird das breite Volk verstehen, warum in dieser innen- und außenpolitischen Lage Blum vorzog, erst den Boden zum weitern Kampf zu ebnen, statt den Kampf aufzunehmen? Wird die Belastung des französischen Volkes durch die nunmehrigen indirekten Steuern und durch die Einsparungen der Reaktion die Möglichkeit

geben, die Sozialgesetzgebung zu diskreditieren? Wird das Volk Frankreichs dafür sorgen, daß die Regierung Chautemps tatsächlich nur eine Uebergangsregierung bleibt zu einer neuen Regierung Blum und damit zu einem neuen Anlauf, den sozialen Volksstaat freizumachen von der Oberherrschaft des Privatkapitals?

Diese Fragen können heute nicht beantwortet werden. Es kann nur darauf verwiesen werden, daß der Klassenkampf nicht zuletzt um die Macht im Staate geführt wird, und daß, wo das arbeitende Volk den Staat beherrscht, der Sinn seines Klassenkampfes nunmehr darin liegt, diesen seinen Staat zu behaupten.

Man darf in der Arbeiterklasse unmöglich übersehen, was das Werk der Regierung Blum in dieser Richtung bedeutet. Die kapitalistische Gesellschaft ist sich darüber klar. Daher ihr verbissener Kampf und ihre Diskreditierungsmanie.

---

## Der Detailhandel im Kampf um seine Selbstbehauptung

Von Friedrich Heeb.

Die durch Bundesratsbeschuß vom 26. September 1936 erfolgte Abwertung des Schweizerfrankens hat einen Prozeß beschleunigt, der lange zuvor im Gange war, den der Rationalisierung des schweizerischen Detailhandels ganz im allgemeinen und des Detailhandels mit Lebensmitteln im besondern. Die Frankenabwertung hat nämlich zu einer sehr spürbaren *Reduzierung der Gewinnmarge des Detailhandels* geführt, und diese geringere Gewinnmarge zwingt die Detailgeschäfte ohne Ausnahme, ihre Betriebsorganisation rationeller zu gestalten, wenn sie nicht unter die Räder kommen wollen. In diesem Rationalisierungsprozeß müssen auch die schweizerischen *Konsumgenossenschaften* wohl oder übel mitmachen. Ja, es scheint mir und andern in der Genossenschaftsbewegung tätigen Genossen sogar, daß sie alles zu unternehmen hätten, um in dieser neuen Entwicklungsperiode des schweizerischen Detailhandels wiederum die Führung zu erlangen, die sie in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges unzweifelhaft inne hatten. Dabei müssen sowohl die lokalen Konsumgenossenschaften als ihre Spitzenorganisation, der Verband Schweizerischer Konsumvereine, sich zu großen und gewaltigen Anstrengungen aufraffen.

Diese Einsicht ist neuerdings auch bei den Spitzen des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine vollständig durchgedrungen, wie schon die lebhafte und interessante Diskussion beweist, die seit einer Reihe von Monaten im offiziellen Organ des VSK., dem »Schweizerischen Konsumverein«, sozusagen Nummer für Nummer geführt wird. Dieser Diskussion ging eine Aussprache im Aufsichtsrat des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine über dieses Thema voraus, die vor allem von sozialdemokratischer Seite angeregt wurde und die auch an der Dele-